

Asien ohnmächtig angesichts westlicher Dominanz

50 Entscheidungsträger aus zwölf Ländern diskutierten auf dem Hoechst Triangle Forum die Zukunft ihrer Gesellschaften

Wirtschaftliche Globalität und technologische Basisinnovationen werden das Gesicht des Globus nachhaltig verändern. Digitalisierung und die Biowissenschaften nehmen hierbei eine zentrale Rolle ein und stellen die Gesellschaften der industrialisierten Welt vor neue Herausforderungen. Die Antriebskräfte für den sozioökonomischen Wandel gehen dabei von der westlichen Welt aus, besonders von Nordamerika, was man in Südostasien mit großer Sorge sieht. Diese Besorgnis kam überdeutlich bei dem jüngst in Frankfurt am Main vom Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) und der Hoechst Foundation veranstalteten Hoechst Triangle Forum zum Ausdruck. Das Forum versammelte 50 Entscheidungsträger aus Asien, Nordamerika und Europa, um über nachhaltige Entwicklungsimpulse zur Gestaltung der Gesellschaften im 21. Jahrhundert zu debattieren.



Benjamin Barber (links) und Jürgen Dormann diskutieren über Zukunftsprobleme

Bei der Konferenz standen die gesellschaftlichen Probleme der zunehmenden Globalität und des technologischen Wandels zur Debatte. Prinzipiell, so die Beobachtung, wird im Zeitalter der Globalität die ordnende Kraft des Nationalstaates und der Nationalökonomie schwächer. Reichweite und Geschwindigkeit des Wandels verändern die Organisationsstrukturen der marktwirtschaftlich organisierten und national verfassten

Industriestaaten und fordern ihre Anpassungsfähigkeit heraus. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert entsteht der Zukunftsentwurf einer vernetzten Gesellschaftswelt. Deren zentrale wirtschaftliche Ressource machen nicht mehr Eisen und Stahl, nicht mehr primär Elektrizität und Chemie und auch nicht notwendigerweise die industrielle Großorganisation aus. Statt dessen werden Wissen und Kommunikation, transnationale Netze und dezentrale Produktion zu den zentralen Ressourcen.

Asien fühlt sich in diesem Prozeß überfordert. Die Beiträge auf dem Forum machten vor allem eines deutlich: Nordamerikaner und Europäer prägen in zunehmendem Maße die technologisch und global ausgerichtete Welt mit ihrer Kultur, ihrer Wirtschaftsweise und ihrer Mentalität. In Asien erzeugen die zukünftigen Perspektiven gemischte Gefühle. In diesem Kontext, so etwa der chinesische Unternehmer Ronnie Chan, bestehe die Gefahr, dass der Westen den Osten in Zukunft dominieren könne, weil diese Trends im wesentlichen westlich geprägt seien. Asien könne den Regeln, die dabei von der westlichen Welt aufgestellt würden, nicht ent-

Fortsetzung auf Seite 6

I N H A L T

C·A·Prolog

Ausgepackt, angepackt... 2

C·A·Programm

FAZIT 3
Geist&Zeit 4
Partizipationstagung 5
Sommerakademie 6
Toleranznetzwerk 7

C·A·Panoptikum

Systemwandel in Europa 8
Navigation im Internet 8
Deutsch-polnischer Jugendworkshop 9
Nichts ohne uns über uns 9
Konfliktmanagement in Zypern 10
Europa Digital 11

C·A·Personalien

Israelische Gastprofessur 12
Gäste und Mitarbeiter 13

C·A·Publikationen

Neuerscheinungen 14/15

C·A·Postskriptum

Zehn Jahre Mauerfall 16

C·A·Planung

16

Ausgepackt, angepackt ...



Josef Janning am Eingang zur Faber-Villa, dem neuen Domizil des C·A·P im Münchner Stadtteil Bogenhausen

Das Centrum für angewandte Politikforschung ist umgezogen. Bilanz der Operation: Nach drei Tagen Möbelwagenshuttle, vielen hundert Kisten mit Büchern, Dokumenten und Material, Spezialkäfigen voller Computern und Zubehör ist die Faber Villa in Bogenhausen bezogen. Die neue Heimat macht Spaß: Jugendstil und Highspeed-Netzwerk, Stuck und Zukunftsforschung. Noch müssen da und dort letzte Kartoninstallationen Regale und Schränke ersetzen, noch fehlt das neue „Global Communication Center“ in der Bibliothek. Doch wir freuen uns bereits auf die Round Table, Kolloquien und C·A·P-Foren, über die wir unser Haus mit Projektpartnern, Kollegen und Freunden teilen wollen.

Ein herzliches Wort des Dankes gilt den Stiftern, den Brüdern Reischenbeck, dem Freistaat Bayern, vor allem dem Finanz- und dem Wissenschaftsministerium, der Universitätsleitung und insbesondere der Bauverwaltung der Universität sowie allen, die für und im C·A·P hart an diesem Umzug gearbeitet haben und als Handwerker, Techniker und Spediteure dabei waren.

Trotz solcher Veränderungen hat das C·A·P daneben Neues und Interessantes angepackt. Unsere Strukturreform ist abgeschlossen: Die neue *Bertelsmann Forschungsgruppe Politik* bündelt nun alle Projekte in der Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung; ein ambitioniertes Arbeitsprogramm für die kommenden Jahre hat am 1. Juli begonnen. Die übrigen vier Forschungsgruppen arbeiten jeweils mit anderen Partnern. Im Bereich der *Forschungsgruppe Europa* intensivieren wir die internationale Vernetzung von Forschung und Lehre – neue Projekte mit dem Beaver College, der Renmin-Universität in Peking und dem Center for European Studies am Georgia Institute of Technology sind angelaufen. Die *Forschungsgruppe Jugend und Europa* konzentriert sich stärker auf die didaktische Aufarbeitung der europäischen Entwicklung, auf Modellseminare und neue Begegnungsformen – zuletzt dem Europäischen Jugendparlament im Bonner Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Ein Schlaglicht aus der Arbeit der *Forschungsgruppe Deutschland* ist die Konzeption und Mitwirkung am Geschichtsforum in Berlin. Speerspitze des „virtual community building“ bleibt die *Forschungsgruppe Zukunftsfragen*, über deren Web-Seiten die Projektarbeit weltweit Expertise und Information integriert.

Große Konferenzen haben in den letzten Monaten unsere Arbeitsergebnisse und Schlußfolgerungen gebündelt: das Internationale Bertelsmann Forum in Warschau, „Fazit: Deutschland“ mit Kanzler, Bundespräsident und Oppositionsführer in Berlin, das „Triangle-Forum“ zur Zukunftsgesellschaft in Frankfurt, das Auftaktkolloquium der neuen Reihe „Geist&Zeit“, die Kempfenhausener Gespräche zum Thema Europäische Nachbarschaft oder die Sitzungen der „Venusberg-Gruppe“ zur europäischen Sicherheitspolitik. Einen ersten Einblick über Ergebnisse und Neuerscheinungen gibt diese Ausgabe des Newsletter. Tagesaktuell informiert unsere Homepage. Unter

www.cap.uni-muenchen.de können Sie sowohl den Nachrichtendienst als auch die elektronische Ausgabe dieses Newsletter online bestellen.

Besuchen Sie das neue C·A·P. Wenn Sie nicht persönlich vorbeikommen können, dann begegnen Sie uns über unsere Publikationen, im Internet, im Rahmen der Konferenzen und Arbeitsgruppen, im Dialog mit uns. Wir erwarten Sie.

Josef Janning
- Stv. Direktor -

**Neue Adresse:
Maria-Theresia-Straße 21
81675 München**

FAZIT: Deutschland

Zehn Jahre nach dem Mauerfall: eine politische Standortbestimmung

Zum vierten Mal luden in diesem Jahr die Frankfurter Allgemeine Zeitung, das Deutschlandradio Berlin und das C·A·P zum FAZIT-Forum. Im neu eröffneten Berliner Redaktionsgebäude der FAZ trafen sich Politik und Wissenschaft in prominenter Besetzung, um eine Bilanz der zehn Jahre seit dem Mauerfall zu ziehen und um die zukünftige Rolle Deutschlands zu diskutieren. Zu den Rednern gehörten Bundespräsident Johannes Rau, Bundeskanzler Gerhard Schröder, Oppositionsführer Wolfgang Schäuble sowie der polnische Präsident Alexander Kwasniewski. Weitere prominente Gäste waren der britische Verleger Lord George Weidenfeld, Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki und die Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann.

Bundeskanzler Schröder will das „Modell Deutschland“ bewahren. Dieses Modell baue auf Teilhabe am materiellen Wohlstand und an den Entscheidungen in der Gesellschaft auf. Die ökonomischen Bedingungen hätten sich aber radikal verändert. Daher gelte es, das Modell Deutschland auf diese Veränderungen einzustellen. Dafür sei das Sparpaket der Bundesregierung zwingend nötig. Am Erfolg oder Misserfolg des Zukunftsprogrammes der Bundesregierung werde sich zeigen, ob Deutschland den Test der Veränderungsfähigkeit bestehen wird.

Der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble betonte die neue internationale Rolle Deutschlands. Mit der Beteiligung am Kosovo-Einsatz habe Deutschland seine Sonderrolle verlassen. Eindringlich mahnte Schäuble innere Reformen an. Ansonsten drohe die „Tour des Wandels“ an Deutschland vorbeizurauschen. Außerdem sprach sich Schäuble dafür aus, in Deutschland zu deregulieren, zu dezentralisieren und Zuständigkeiten klar zu verteilen.

Polens Präsident Alexander Kwasniewski spornte Deutschland an, zur Triebfeder der europäischen Einigung zu werden. Er warnte vor den möglichen Folgen, wenn die EU die Integration der ehemaligen Ostblockstaaten nicht vornehme: Westeuropa könne entweder wirtschaftliche Stabilität, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie exportieren oder aber Instabilität, Unruhe und Gewalt importieren.

FAZIT: Deutschland - Lord Weidenfeld brachte es auf den Punkt: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich nicht um den Schlaf gebracht.“



Prof. Dr. Werner Weidenfeld moderiert die Diskussion mit Bundeskanzler Gerhard Schröder über die Zukunft des „Modells Deutschland“



Empfang auf Schloss Bellevue: Bundespräsident Johannes Rau mit seinen Gästen Lord George Weidenfeld (ganz links), dem polnischen Präsidenten Alexander Kwasniewski und dem Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki



Das Plenum nach Gerhard Schröders Rede im Berliner Redaktionsgebäude der FAZ

Eigenverantwortung & staatliche Regulierung

Mit dem Kolloquium Eigenverantwortung & staatliche Regulierung am 12./13. Oktober im Ritz-Carlton Schlosshotel in Berlin wurde die neue Reihe Geist & Zeit eröffnet, die das C·A·P gemeinsam mit Philip Morris Deutschland durchführt. Nach dem Vorbild der Bergedorfer Gesprächskreise sollen die Kolloquien Reflektionsräume schaffen und Diskussionsprozesse befördern, die über den tagespolitischen Blickwinkel hinausweisen.



Werner Weidenfeld im Dialog mit Gunda Röstel, Klaus Nowak und Christoph Böhr

Das erste Kolloquium der Reihe Geist & Zeit griff bewusst eine der Elementarfragen moderner Gesellschaften auf: die Neubestimmung des Verhältnisses von Bürger und Staat, von individueller Verantwortung und staatlicher Regulierung. Zuviel Staat schwächt die Verantwortung und lähmt die Fähigkeit zum selbständigen Handeln der Menschen, zuviel an individueller Verantwortungslast kann die Menschen und ihren Zusammenhalt in der Gesellschaft überfordern. Wie weit soll und muss staatliches Handeln reichen? Wie kann in einer freien Gesellschaft die Eigenverantwortung der Bürger bewahrt und sinnvoll erweitert werden? Welche praktischen Konsequenzen resultieren daraus für den Umbau des (Sozial-)Staats? Diese Ausgangsfragen markierten die Eckpunkte einer spannenden und anregenden Diskussion in illustrierender Runde. Am Tisch saßen Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Medien und Wirtschaft sowie eine Reihe von Teilnehmern, die interessante Spiegelungen aus anderen Staaten oder Erdteilen einbringen konnten.

Die Frage nach Reichweite und Grenzen der Staatstätigkeit diskutierten eingangs aus normativ-rechtlicher Sicht Ernst-Wolfgang Böckenförde, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, und aus politisch-praktischer Sicht Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein. Böckenförde betonte, dass Staat und Staatlichkeit für eine freiheitliche Gesellschaft unverzichtbar seien. Der Staat müsse Entscheidungs- und Machteinheit sein, damit sich nicht das Recht des Stärkeren durchsetze. Walter unterstrich, dass im Zuge der aktuellen Diskussion über die Frage, wieviel Staat die Gesellschaft brauche, die Strukturen des politischen Systems selbst, die politischen Institutionen, Entscheidungsmechanismen und Zuständigkeiten auf den Prüfstand gehören. In der folgenden Sequenz standen Konzept und Leistungsfähigkeit der Bürgergesellschaft im Mittelpunkt. Der Publizist Warnfried Dettling und der Soziologe Hans Joas haben sich grundsätzlich wie praktisch in vielen Arbeiten und Texten mit dem Thema auseinandergesetzt. Das Konzept der Bürgergesellschaft stellt eine Möglichkeit dar, Eigeninitiative, Eigenverantwortung und den Gemeinsinn des mündigen Bürgers zu ermöglichen und zu fördern.

Abschließend wurden aus unterschiedlicher parteipolitischer Sicht Einsichten, Erfahrungen und Schlußfolgerungen der Politik dargelegt. Die kontroversen Beiträge von Christoph Böhr, Fraktions- und Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz, Klaus Nowak, Leiter des neu gegründeten Planungsstabes im Bundeskanzleramt und Gunda Röstel, Sprecherin des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen, lösten eine heftige Debatte aus. Einigkeit herrschte unter den Teilnehmern aber über die Dringlichkeit, den Staat von den Aufgaben zu entlasten, die die Bürger in eigener Regie regeln können. Die Kolloquien der Reihe Geist & Zeit werden künftig zweimal jährlich im Ritz-Carlton Schlosshotel in Berlin stattfinden.

Ansprechpartnerin:

Anja Edelhäuser, Tel.: 089/490429-124



Die Teilnehmer des Kolloquiums im Ritz-Carlton Hotel in Berlin

Jugend in Europa ist bereit zur Partizipation

Im Auftrag der Stadt München ist 1999 die Informationskampagne „Jugend und Europa“ durchgeführt worden. Zielsetzung dieses Projektes war es, Jugend und Europa einander näher zu bringen. Das Centrum für angewandte Politikforschung, das Stadtjugendamt München, der Kreisjugendring, das European Trainingscenter und andere Organisationen realisierten dieses Projekt.

Unter der Leitung des C·A·P wurde in diesem Zusammenhang evaluiert, welche Einstellungen Jugendliche zu aktuellen europapolitischen Themen haben, welche Rolle Europa im Alltag Jugendlicher einnimmt und was sie über Europa wissen. Diese und andere Themen waren Gegenstand einer schriftlichen Befragung von Schulabsolventen. Konkret wurden Berufsschüler, Haupt- und Realschüler und Gymnasiasten aus der jeweiligen Abschlussklasse befragt. Insgesamt haben sich 33 Schulen und rund 600 Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren in München beteiligt. Eine ausführliche Dokumentation kann bei Frau Hetschger, Jugendinformationszentrum, Paul-Heyse-Straße 22, 80336 München kostenlos bestellt werden.

Die ersten Ergebnisse dieser Untersuchung (Erhebungszeitraum war November 1998 bis April 1999) wurden im Rahmen der Fachkonferenz „Partizipation Jugendlicher in Europa“ im Juni 1999 präsentiert. Sie fanden großen Anklang bei den Anwesenden und waren Basis für eine Podiumsdiskussion unter der Leitung von Dr. Thomas R. Henschel. Resümee: Egal ob Partizipationsmöglichkeiten, die Rechte der Bürger oder das Funktionieren des politischen Systems (nicht nur des europäischen) – Jugendliche sind schlecht informiert und merken dies auch. Das führt zu dem Schluss, dass anscheinend die Politik jugendverdrossen ist und ungenügend auf die Nachfrage jugendgerechter politischer Aufklärung reagiert. Auf lange Sicht wird die Jugend diese Unterversorgung mit Informationen aber nicht tolerieren.

Die Folge davon sind Resignation und Passivität sowohl auf der Seite der Jugendlichen als auch auf der Seite der politischen Akteure. Zwar ist der „Informationsgrad“ Jugendlicher unbefriedigend, die Partizipationsbereitschaft hingegen ist äußerst hoch. Ein Mehr an Information und das Wahrnehmen von Partizipationsmöglichkeiten beeinflussen sich gegenseitig positiv. Bessere jugendgerechte Informationen wecken das Interesse an eigener aktiver Teilnahme, Erfahrungen durch eigene Partizipation wiederum machen augenscheinlich abstrakte Zusammenhänge erlebbar und bieten die Chance, aktiv am Bau des europäischen Hauses mitzuwirken.

Junge Menschen und europäische Akteure sind grundsätzlich aneinander interessiert, benötigen aber eine Plattform, die die Kommunikation und den Austausch von Informationen erst möglich macht. Alle, die in der politischen Bildung arbeiten, sind sich der Verantwortung bewusst, die sie gegenüber der Erwachsenengeneration von morgen tragen. Sie sind es, die diesen Kommunikationsrahmen schaffen können.

Die Ergebnisse der Untersuchung des C·A·P sind voraussichtlich Anfang 2000 bei der Forschungsgruppe Jugend und Europa als Broschüre kostenlos beziehbar.

Ansprechpartner:

Barbara Tham und Melanie Bauer

Tel: 089/490429-157, Fax: 089/490429-155

Evaluation unter
Leitung des C·A·P

Die Jugend ist
schlecht informiert

Jugendgerechte
Programme

SommerAkademie Europa diskutiert Erweiterung der EU



Prof. Dr. Werner Weidenfeld diskutiert mit den FAZ-Redakteuren Julia Maciotti und Werner Adam (Chefredakteur) über Wege zu einer größeren „europäischen Öffentlichkeit“.

Welche Agenda für die nächste Regierungskonferenz?

Europa vor seiner Vollendung – unter diesem Motto diskutierten rund 30 Nachwuchskräfte aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in der idyllischen Atmosphäre des alten Benediktiner-Klosters Seon im Chiemgau über aktuelle Probleme und Herausforderungen der Europäischen Einigung. Die „SommerAkademie Europa“, die das C·A·P gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung erstmals vom 23. - 27. August durchführte, gab jungen Führungskräften die Möglichkeit, sich zusammen mit „alten Hasen“ der Europapolitik eine Woche lang über zentrale Fragen der Zukunft Europas auszutauschen.

Impulse erhielten die Diskussionen durch eine Reihe hochkarätiger Redner: Michael Steiner, außenpolitischen Berater von Bundeskanzler Schröder, referierte über die zukünftige sicherheitspolitische Rolle Europas. Reinhold Bocklet, bayerischer Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, schilderte die Rolle der Regionen. Das Tagungsprogramm bot eine ausgewogene Mischung europapolitisch aktueller Themen. Workshops boten die Möglichkeit, sich vertieft mit Einzelaspekten der Erweiterung und Vertiefung auseinanderzusetzen.

Die Akademieteilnehmer diskutierten die Folgewirkungen des Euro sowie die Probleme einer Gemeinsamen Struktur- und Agrarpolitik, debattierten über den geeigneten Umgang mit den osteuropäischen Nachbarstaaten der EU und der Türkei und entwarfen gemeinsam Szenarien einer künftigen Sicherheitsarchitektur für das geeinte Europa. Zentraler Angelpunkt der Diskussion war darüber hinaus die Agenda der nächsten Regierungskonferenz. Die Akademieteilnehmer fordern, dass neben den unabdingbaren institutionellen Reformen auch die Debatte über eine europäische Verfassung intensiviert werden müsse.

Die angeregten Diskussionen profitierten von den vielfältigen Erfahrungen der Teilnehmer, die in Außenministerien, verschiedenen Bundesministerien, Staatskanzleien der Länder, in der Europäischen Zentralbank und in der Deutschen Bank arbeiten. Daher konnten die Themen aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet werden. Nach dem erfolgreichen Auftakt soll die „SommerAkademie Europa“ künftig einmal jährlich unter der Leitung von Prof. Dr. Weidenfeld in Kloster Seon stattfinden.

Fortsetzung von Seite 1: In Asien Ohnmacht angesichts westlicher Dominanz

gehen und stehe den damit verbundenen Konsequenzen ohnmächtig gegenüber. So hätten zum Beispiel die finanziellen Attacken des Westens im Rahmen der Asienkrise die Region fast an den Rand des Ruins getrieben. Die zunehmende technologische Vernetzung verursache zudem den Niedergang der Autorität in Asien und bedeute zugleich die Gefahr ausufernder sozialer Instabilität oder eines zunehmenden Terrorismus.

Zusätzlich verursache auch die Dominanz Nordamerikas und Europas bei der Schaffung der Wissensgesellschaft in Asien Gefühle der Verunsicherung. Im 21. Jahrhundert soll der Anteil der industriellen Produktion an der gesamten Wirtschaftstätigkeit auf etwa 20 Prozent zurückgehen. Die Wissensarbeit wird zum Kern einer neuen Ökonomie. Der südkoreanische Chemiker Duckhwan Lee wies in diesem Kontext darauf hin, dass hier ebenfalls Nordamerika und Europa die Spielregeln bestimmen würden. Auch bei dieser Entwicklung könne sich Asien lediglich anpassen, den Wandel aber nicht mitbestimmen und schon gar nicht seine gesellschaftlichen Konsequenzen steuern. Das Hoechst Triangle Forum (Programm/ Teilnehmer/ Real-Audio-Präsentationen und ein Arbeitspapier) ist im Internet unter <http://www.hoechst-forum.uni-muenchen.de> dokumentiert.



Alle Statements konnten während des Forums im Originalton mitgehört werden.

Neue Dimensionen der Erziehung zu Toleranz

Das von der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung initiierte und von der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik wissenschaftlich betreute „Internationale Netzwerk Erziehung zu Demokratie, Menschenrechten und Toleranz“ blickt auf ein erfolgreiches Arbeitsjahr zurück. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Wissenschaftler aus Europa, den USA und dem Nahen Osten haben sich an einer intensiven Diskussion über Erziehungs- und Bildungsfragen in ihren Ländern beteiligt.

Die in München im Dezember 1998 gegründeten Arbeitsgruppen haben sich im nordirischen Belfast und in Leiden in den Niederlanden getroffen. Die Arbeitstreffen an unterschiedlichen Orten abzuhalten, ist fester Bestandteil der Netzwerkphilosophie. Beim Besuch der Partnerländer lernen die Netzwerkteilnehmer die kooperierenden Institutionen und ihre spezifischen Arbeitsbedingungen vor Ort kennen. Dies führt zu einem regen Austausch über die sozio-kulturellen und politisch-historischen Besonderheiten von Demokratie-, Menschenrechts- und Toleranz-erziehung.

In der Arbeitsgruppe der Theoretiker geht es um die systematische Annäherung an eine vergleichende Perspektive auf Demokratie-, Menschenrechts- und Toleranz-erziehung. Erster Schritt war die Erstellung einer guideline für die Selbstevaluation von Bildungsprogrammen im Toleranz-erziehungsbereich. Die guideline besteht aus einem umfangreichen Fragenkatalog, der nun in einem Pre-Test von vier NGOs des Netzwerkes getestet wird. Kurzfristiges Ziel ist ein Vergleich der Bildungsangebote und Bedingungen in den NGOs der Partnerländer. Langfristig geht es um die Entwicklung eines für den Bildungsbereich noch ausstehenden (Selbst-)Evaluationskonzeptes für NGOs. Ein solches könnte die Grundlage für eine ländervergleichende Erhebung über die Qualität der Bildungsangebote im Toleranz-erziehungsbereich darstellen. Die Arbeitsgruppe besuchte die Netzwerkpartnerorganisation International Fellowship of Reconciliation (IFOR) in Alkmaar. Netzwerkteilnehmer und Mitarbeiter von IFOR diskutierten engagiert über die Perspektiven und Projekte von Bildungsarbeit im Toleranz-erziehungsbereich.

Die Arbeitsgruppe der Praktiker beschäftigte sich mit der Problematik von durch Sprache produzierter Ungleichheit in Bildungsprozessen. In einem einwöchigen Workshop in Belfast wurden unterschiedliche Methoden und Übungen zum Umgang mit sprachlicher Vielfalt in der Bildungsarbeit getestet. Ziel ist es, ähnliche Ausgangslagen der Bildungsarbeit zu identifizieren (z.B. multilinguale Klassenzimmer) und auszutauschen sowie geeignete Methoden zusammenzutragen. Die Netzwerkteilnehmer arbeiten derzeit an der Konzeption einer Fortbildung für Multiplikatoren, die das Thema „Die Macht der Sprache in Bildungsprozessen“ adressiert.

Die Homepage des Internationalen Netzwerkes ist eingerichtet (www.tolerance.uni-muenchen.de). Neben der Bereitstellung allgemeiner Informationen über die Netzwerkinitiative, ihre Zielsetzungen, Projektpartner, Mitglieder und Experten ist nun auch eine allgemeine Datenbank zum Thema Toleranz, Demokratie und Menschenrechte im Aufbau. Durch die Begründung eines internen Kommunikationsbereiches – der egroup tolerance im Internet – ist ein regelmäßiger, schneller und intensiver Austausch der Netzwerkmitglieder ermöglicht worden. Die Arbeit mit egroups erleichtert die Netzwerkkommunikation erheblich. Die interne Datenbank füllt sich allmählich mit Dokumenten, Case-Studies, Informationsmaterialien, inhaltlichen Papieren, Lehr- und Lernmaterialien sowie Methodensammlungen.



Dr. Thomas Henschel (rechts) beim Empfang durch den Bürgermeister von Belfast

AG-Treffen der Theoretiker in Leiden

AG-Treffen der Praktiker in Belfast

Networkchat - Internet und egroups

Systemwandel in Europa

Kompetenzen in der
EU effizient verteilen

Seit 1997 führen die Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und das C·A·P in Zusammenarbeit mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen das gemeinsame Projekt „Systemwandel in Europa“ durch, das sich mit Fragen der künftigen Entwicklung der Europäischen Union befasst. Dabei wurden mehrere Herausforderungen aufgegriffen: die Schaffung einer effizienten Kompetenzverteilung zwischen den drei Zuständigkeitsebenen (Europäische Union, Mitgliedstaat, Region), die notwendigen institutionellen Reformen der Europäischen Union mit Blick auf die Erweiterung, die Frage einer optimalen Balance zwischen Zentralisierungs- und Dezentralisierungstendenzen und die Entwicklung eines unionsspezifischen Demokratiemodells. Die Ergebnisse der ersten Projektphase sind in drei Publikationen erschienen:

— Bertelsmann Stiftung, Forschungsgruppe Europa (Hrsg.): Systemwandel in Europa – Demokratie, Subsidiarität, Differenzierung, Gütersloh 1998, mit Beiträgen von Roland Bieber, Rudolf Hrbek, Josef Janning und Claus Giering.

— Claus Giering, Josef Janning, Wolfgang Merkel und Michael Stabenow: Demokratie und Interessenausgleich in der Europäischen Union, Gütersloh 1999.

— Franz H.U. Borkenhagen, Thomas Fischer, Fritz Franzmeyer, Siegfried Magiera, Peter-Christian Müller-Graff: Arbeitsteilung in der Europäischen Union – Die Rolle der Regionen, Gütersloh 1999.

Die Regionen
mitentscheiden lassen

Auf den Ergebnissen dieser Studien baut der zweite Abschnitt der Kooperation in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalens auf. Die nächste Projektphase konzentriert sich darauf, die Regionen in den europäischen Entscheidungsprozess einzubeziehen. Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, Strategien für die Positionierung der Regionen in Europa zu entwickeln. Dabei sind zwei Fragen zu beantworten: Welche Kompetenzen sollen auf regionaler Ebene angesiedelt sein? Wie kann die Landesregierung Nordrhein-Westfalen in der Debatte über die Finalität des europäischen Einigungsprozesses eigene Schwerpunkte setzen? Dazu werden der Stand der interregionalen Zusammenarbeit und die Perspektiven der Regionen nach der Erweiterung analysiert.

Navigationshilfe im Internet

Portale erleichtern
Recherchen zu
Zukunftsthemen

Die Unübersichtlichkeiten im Internet verlangen nach Hilfe bei der Navigation. Die Forschungsgruppe Zukunftsfragen erstellt deshalb in der virtuellen Welt regelmäßig Portale, die Recherchen zu wichtigen Zukunftsthemen erleichtern und den Besucher gezielt auf wichtige Quellen, Materialien, Personen oder Institutionen zu einem bestimmten Thema hinweisen. Das neueste Portal zum Thema New Economy widmet sich dem rasanten und tiefgreifenden Wandel, den das Wirtschaftsleben durch die informationstechnologische Revolution derzeit erlebt. Das Portal kommentiert ausgewählte Homepages von Gestaltern der neuen Ökonomie, stellt Links her zu relevanten Dokumenten und vermittelt Informationen zu aktuellen Büchern und Zeitungsartikeln. Daneben erklärt die Forschungsgruppe Zukunftsfragen die Charakteristik der neuen Ökonomie mit Überblicksartikeln. Das Portal ist Teil des Projektes „Wie wir morgen leben wollen“, das das C·A·P gemeinsam mit der Hoechst Foundation in Frankfurt am Main durchführt. Weitere Portale hat die Forschungsgruppe zu den Themen Digitalisierung und Biotechnologie im Internet eingestellt. Ein viertes Portal zur Nachhaltigkeit ist in Vorbereitung. Alle Informationen sind in englisch verfügbar (Die Portale finden sich im Internet unter www.hoechst-forum.uni-muenchen.de).

Deutsch-Polnischer Jugendworkshop

Im Zusammenhang mit Polens Beitritt zur NATO widmete sich die Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation beim 6. Strausberger Symposium im Juni dem Thema „Polen und Deutsche - Nachbarn und Bündnispartner“. Ein deutsch-polnischer Jugendworkshop, der von der Forschungsgruppe Jugend und Europa und dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk konzipiert und durchgeführt wurde, bot jungen Menschen die Möglichkeit zur Teilnahme am 6. Strausberger Symposium. Der Verlauf des Programms zeigte, dass sich die deutschen und polnischen Jugendlichen intensiv mit dem zunächst schwierig und abstrakt erscheinenden Thema der Sicherheitspolitik auseinander gesetzt haben.

Thematisch standen die verschiedenen Dimensionen des Sicherheitsbegriffs im Mittelpunkt, die durch verschiedene, von der Forschungsgruppe Jugend und Europa entwickelte jugendgemäße Methoden mit großer Ernsthaftigkeit erarbeitet wurden. Ziel war es, zu einem umfassenden Verständnis von Sicherheit zu gelangen, bei dem schließlich nationale deutsche und polnische sowie gesamteuropäische bzw. transatlantische Aspekte eine Rolle spielen.

Die Erwartungsrunde zu Beginn des Workshops hatte drüber hinaus gezeigt, dass sich die jugendlichen Teilnehmenden neben der eigenen Beschäftigung mit dem Thema eine klare Wissensvermittlung zur NATO, Bundeswehr und zur polnischen Armee sowie zu den transatlantischen militärischen Sicherheitsstrukturen wünschen. Da dieser Punkt nicht explizit vorgesehen war, wurde er erst am Ort ins Programm eingebunden.

Bei der Auswertungsrunde stellten die Jugendlichen fest, dass ihnen die Teilnahme am Jugendworkshop in Verbindung mit dem Symposium sehr

Fortsetzung auf Seite 10

Jugend beschäftigt sich mit Sicherheitsaspekten in Europa

Wissen über NATO und Bundeswehr gefragt

Nichts ohne uns über uns!

Im Juli fand in Warschau die Abschlusskonferenz im Projekt „Nichts ohne uns über uns! Mein Beitrag zur Demokratie“ unter reger Beteiligung der Öffentlichkeit statt. In diesem Projekt entwickelten die Forschungsgruppe Jugend und Europa gemeinsam mit der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und vier polnischen Einrichtungen der politischen Bildung ein polnisches Schulungsprogramm der europäischen Demokratie- und Toleranzerziehung, bei dem die Frage nach der Partizipation im Vordergrund steht.

Bei der Veranstaltung wurde im Beisein von Prof. Bartoszewski und dem Abgeordneten Dr. Piotr Nowina-Konopka das Trainingshandbuch des Schulungsprogramms „Nichts ohne uns über uns! Mein Beitrag zur Demokratie“ präsentiert. Beide Ehrengäste lobten in ihren Reden die hervorragende Arbeit und die Ergebnisse des Pilotprojekts. Die polnische Presse sowie die dpa begleiteten die Konferenz mit großem Interesse. Im Projektzeitraum wurden bisher 30 polnische Trainer aus den unterschiedlichsten Bildungseinrichtungen des nicht-staatlichen Sektors im Demokratie- und Toleranzprogramm „Nichts ohne uns über uns! Mein Beitrag zur Demokratie“ ausgebildet. Die Trainer und ihre Organisationen haben ein eigenes Netzwerk im Bereich der europäischen Demokratie- und Toleranzerziehung in Polen initiiert, welches in Zukunft von der Polnischen Robert Schuman Stiftung koordiniert wird. Das Schulungsprogramm wurde bereits erfolgreich in den unterschiedlichsten Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung vor Ort eingesetzt und erreichte bisher 600 Personen.

Programm zur Demokratie- und Toleranzerziehung

Zypern: transatlantisches Krisenmanagement

USA zeigen Interesse an Lösung des Zypern-Konflikts

Das kürzlich angebrochene Tauwetter zwischen Athen und Ankara könnte sich positiv auf die Lösung der seit Jahrzehnten offenen Zypern-Frage auswirken. Vor allem seit der Aufnahme Zyperns in den Kreis der Kandidaten für einen EU-Beitritt beschäftigt das Problem auch Brüssel. In letzter Zeit zeigten zudem die USA verstärktes Interesse an der Lösung des Zypern-Konflikts, um zur Stabilität in der gesamten Region beizutragen. Um die Möglichkeiten einer inner-zyprischen und einer griechisch-türkischen Verständigung zu diskutieren und die Chancen transatlantischen Konfliktmanagements zu erörtern, veranstaltete das C·A·P einen „Young Policymakers Roundtable“. In Zusammenarbeit mit ELIAMEP, der Griechischen Stiftung für Außen- und Europapolitik, und unterstützt durch den German Marshall Fund wurden 24 überwiegend jüngere Experten aus Griechenland, der Türkei, beiden Teilen Zyperns sowie den USA und Westeuropa Anfang September auf die Insel Halki eingeladen.

Eine Dokumentation dieser „Improving Responsiveness“-Konferenz und deren Ergebnisse sind über die Transatlantik-Seite der C·A·P-Homepage (www.cap.uni-muenchen.de) abrufbar.

Politikverdrossenheit kontra Partizipation

Politische Bildung als „learning by doing“

Im Rahmen der Transatlantic Issues Series veranstaltete das C·A·P zusammen mit der Bayerischen Amerika-Akademie und dem Amerikanischen Generalkonsulat ein Colloquium zum Thema „Nachhaltige Konzepte der Politischen Bildung“. Bei dem Colloquium referierten - ganz im Sinne des deutsch-amerikanischen Dialoges - Prof. Dr. Michael Schudson (University of California, San Diego) und Dr. Thomas R. Henschel (C·A·P). Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Dagmar Weiler (Bayerische Amerika-Akademie) und Jürgen Turek (C·A·P).

In den Referaten und in der anschließenden Diskussion wurde vor allem erörtert, dass politische Bildung als „learning by doing“ und als Förderung von Toleranzverhalten gestaltet werden müsse. Vor allem was Bürgerengagement betrifft, scheint die amerikanische Gesellschaft - aufgrund der Bedeutung von „Communities“ - leichter als in Deutschland ihre Bürger zu aktivieren und Politikverdrossenheit überwinden zu können.

Fortsetzung von Seite 9: Deutsch-polnischer Jugendworkshop

viel Spaß gemacht und inhaltlich neue Horizonte eröffnet hat. Auch führte der direkte Kontakt mit militärischen Vertretern dazu, sich ein differenzierteres Bild von der Bundeswehr, der polnischen Armee und der NATO zu machen. Viele Teilnehmenden zeigten sich erstaunt über die große Offenheit der Bundeswehr und der polnischen Armee.

Kritik wurde an der traditionellen Form des Symposiums geübt. Die Jugendlichen waren der Auffassung, sie hätten durch ihre Präsentation gezeigt, dass thematische Zusammenhänge durchaus innovativ dargestellt werden könnten. Darüber hinaus hatten die Jugendlichen den Eindruck, dass ihre Generation viel selbstverständlicher als die Erwachsenen miteinander umgeht und den Erwachsenen einen Schritt voraus ist, wenn es um die deutsch-polnische Verständigung geht. Der deutsch-polnische Jugendworkshop war ein gelungenes Beispiel dafür, dass sich Jugendliche - wenn ihnen dazu Raum gegeben wird - mit ernstesten Gedanken zu Wort melden und mit ihren Beiträgen einen interessanten Dialog über die Generationen hinweg anstoßen können.

Jugendliche gehen selbstverständlicher miteinander um

Europa digital

Anlässlich der Eröffnung des im Juni neu gewählten Europäischen Parlaments hat das C·A·P gemeinsam mit dem Internet-Nachrichtendienst „Politik-Digital“ (<http://www.politik-digital.de>) einen neuen, kostenlosen Informationsservice ins Leben gerufen: EUROPANORAMA ist ein E-Mail-Newsletter, der in regelmäßiger Folge zu europäischen Themen erscheint. Als Netzargonauten und Wissensarbeiter wollen die Redakteure ein Kompendium zusammentragen, das die Abonnenten bequem in der Mailbox auswerten können. Ziel ist, journalistische und wissenschaftliche Informationen mit dem digitalen Mehrwert des Internet zu kombinieren. Jede Ausgabe von EUROPANORAMA hat einen Schwerpunkt. Zur Vertiefung des Themas bietet der Newsletter Kommentare, ein vertiefendes Dossier auf der Website von „politik-digital“, einen Online-Pressespiegel, Hyperlinks zu wissenschaftlichen Publikationen, aktuelle Fakten aus Umfragen und statistischen Analysen, Veranstaltungshinweise, Kurzrezensionen nützlicher Websites sowie eine Online-Abstimmung zum Thema. Der Dienst kann über die C·A·P-Website mittels der Liste „C·A·P-INFO“ abonniert (<http://www.cap.uni-muenchen.de/mail/>) oder im Archiv nachgelesen werden (<http://www.cap.uni-muenchen.de/europanorama/>). Alle Leser sind auch eingeladen, die Redaktion auf Einzelaspekte aufmerksam zu machen, die man in Zukunft in den Newsletter integrieren könnte. Die Redaktion freut sich über Ihre elektronische Post!
(Info: europanorama@lrz.uni-muenchen.de)

Wissenskompodium
angestrebt

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zukunftsfähig machen

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben mit den Beschlüssen des Kölner Gipfels und der Berufung von Javier Solana zum Hohen Vertreter für die GASP einen wichtigen Schritt zur Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik getan. Diese Ansätze müssen allerdings konsequent ausgebaut werden. Um diesen Prozeß beratend zu begleiten und ein schlüssiges Konzept zur Ausgestaltung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erarbeiten, haben die Bertelsmann Stiftung und die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik des C·A·P die „Venusberg-Gruppe“ ins Leben gerufen. Diesem Verbund aus Wissenschaft und Politik gehören Experten aus führenden europäischen Instituten an. Neben den EU-Mitgliedstaaten sind die drei neuen NATO-Mitglieder Polen, Tschechien und Ungarn vertreten. Kontakt: Franco Algieri, C·A·P, Tel.: 089-490429-118, Annette Heuser, Bertelsmann Stiftung, Tel.: 05241-817265.

Expertengruppe
erarbeitet Konzept

C·A·P beginnt China-Projekt

Im Rahmen des „EU-China Higher Education Cooperation“-Programmes startet das C·A·P mit dem Centre for European Studies der Renmin Universität Peking ein gemeinsames Forschungsprojekt mit dem Titel „Conceptualising an EU-China Strategic Partnership“. Aus europäischer und chinesischer Sicht werden der aktuelle Stand der Beziehungen EU-China sowie die Entwicklungsperspektiven des europäischen Integrationsprozesses und dessen Auswirkungen auf China untersucht. Anhand der Ergebnisse werden Handlungsoptionen für die künftige Ausgestaltung der euro-chinesischen Beziehungen entworfen. Projektkoordinator: Franco Algieri, C·A·P, Tel.: 089-490429118, Fax: 089-49042929, e-mail: FrancoAlgieri@cs.com

Untersuchung der
Beziehung EU-China



Prof. Dr. Weidenfeld übergibt das Geschichtswerk „Außenpolitik für die deutsche Einheit“ an Bundespräsident Roman Herzog.



Beim 5. Internationalen Bertelsmann Forum in Warschau trafen Prof. Dr. Weidenfeld und der polnische Präsident Alexander Kwasniewski zu einem Gespräch über strategische Fragen der Europapolitik zusammen.

Israelische Gastprofessur in München

Im Rahmen des Projekts „Netzwerk Europapolitik an israelischen Hochschulen“ der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am C·A·P hat die israelische Gastprofessorin Prof. Dr. Ruth Lapidoth im Wintersemester 1999/2000 an der Ludwig Maximilians Universität ihre Lehrtätigkeit aufgenommen. Seit 1956 lehrt die Rechtswissenschaftlerin an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Neben zahlreichen Auslandsprofessuren in der ganzen Welt war Prof. Lapidoth weiterhin in vielen diplomatischen Bereichen aktiv. 1976 war sie israelisches Delegationsmitglied bei den Vereinten Nationen, 1977 Mitglied der Humanitarian Law Conference und 1981 in der israelischen Delegation der Red Cross Conference. 1979 vermittelte Prof. Lapidoth bei den Camp David Friedensverhandlungen zwischen Ägypten und Israel. Von 1979 bis 1981 war sie als Rechtsberaterin im israelischen Außenministerium tätig.

Die Spezialistin für den Arabisch-Israelischen Friedensprozess wird von November 1999 bis Februar 2000 den Studentinnen und Studenten des Geschwister-Scholl-Instituts Veranstaltungen zum Thema „Towards Arab Israeli Peace“ und „Autonomy – with special reference to European Cases“ anbieten.

Im Gegenzug lehrt PD Dr. habil. Stephan Bierling vom Geschwister-Scholl-Institut von Oktober bis Dezember 1999 als Gastprofessor an der hebräischen Universität in Jerusalem. Stephan Bierling bietet in Israel zu europäischen Themen an: „The Political Role of European Monetary Integration“ und „From Maastricht I to Maastricht II: A Blueprint for European Unification“.

EU spricht im Kosovo erstmals mit einer Stimme

Michael Steiner am C·A·P

Im Rahmen der „SommerAkademie Europa“ referierte Michael Steiner, der außen- und sicherheitspolitische Berater von Bundeskanzler Gerhard Schröder, am 25. August am C·A·P über die Rolle Europas als strategischer Partner der USA. Vor dem Hintergrund und anhand der Erfahrungen des Kosovo-Konfliktes, so Steiner, habe sich der außenpolitische Fokus der Europäischen Union verändert. Erstmals sei es den Mitgliedstaaten gelungen, mit einer Stimme zu sprechen. Zur Synchronisation der gemeinsamen Interessen habe sicherlich auch die EU-Ratspräsidentschaft beigetragen, die Deutschland gleichzeitig mit dem G-7/G-8-Vorsitz inne hatte.

In der dem Vortrag folgenden Debatte stand Steiner den rund 70 Teilnehmern der Veranstaltung Rede und Antwort. Der Schwerpunkt der Diskussion lag auf der Frage nach der Zukunft Südosteuropas und der Rolle, die die Europäische Union in dieser konfliktbehafteten Region künftig einnehmen kann und soll.

Welche Optionen für die Migrationspolitik?

Vom 30. September bis 2. Oktober 1999 fand am C·A·P im Projektbereich Transatlantische Lerngemeinschaft das fünfte Treffen der Arbeitsgruppe Migration statt. Auf der Grundlage der von den amerikanischen und europäischen Co-Chairs vorbereiteten Grundlagenpapiere diskutierten Migrationsexperten aus den Vereinigten Staaten und Europa die Probleme der Migration und suchten nach „best practice-Lösungen“. Die Schwerpunkte der Diskussion lagen in den Bereichen der wirtschaftlichen und sozialen Integration von Immigranten, den Beziehungen zu den Entsendestaaten sowie auf dem Themenblock Aufnahmebedingungen, Kontrollmöglichkeiten und Kooperation mit anderen Einwanderungsländern.

Im Rahmen des Treffens gab der bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein einen Überblick über die Ansichten der bayerischen Staatsregierung zum Thema Migration und Integration der Immigranten. Einige seiner Ansichten fanden große Zustimmung innerhalb der Expertengruppe, andere waren kontrovers und gaben Anlass zu einer interessanten Diskussion. Udo Hansen, Präsident des Bundesgrenzschutzes Ost, konnte aus einer Insider-Perspektive von den alltäglichen Problemen des Bundesgrenzschutzes berichten, etwa von den Schwierigkeiten, die Schmuggleraktivitäten und die Organisierte Kriminalität möglichst gering zu halten. Während eines field-trips zum Münchner Flughafen erläuterten Vertreter der Flughafenpolizei das Flughafenverfahren, d.h. wie Immigranten dort aufgenommen und ihr Asylbegehren behandelt wird. Nachdem das Projekt mit dem letzten Treffen in die Endphase eingetreten ist, werden nun die Ergebnisse der zweijährigen Forschungs- und Gruppenarbeit in einem Best-practice-Paper veröffentlicht und implementiert.



Der bayerische Innenminister Günther Beckstein bei seinem Vortrag am C·A·P

Prof. Dr. Werner Weidenfeld wurde in den International Advisory Board des Schwerpunktprogramms „International Peace and Conflict Resolution“ des Beaver College, Pennsylvania, berufen.

Wolfgang Bücherl wurde zum European Fellow des Pacific Council on International Policy, Los Angeles, berufen. Der Pacific Council ist die Partnerinstitution des Council on Foreign Relations an der Westküste der USA. Bücherl wird sich im Jahr 2000 überwiegend dort aufhalten. Er koordiniert am C·A·P das vom German Marshall Fund geförderte Round Table Programm „Improving Responsiveness to International Change“. Das Projekt wird im kommenden Jahr durch einen amerikanischen Junior Fellow am C·A·P begleitet.

Dr. Thomas R. Henschel wurde zum Direktor des Graduate School Projektes an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt berufen. Henschel bleibt als Fellow beratend für das C·A·P tätig.

Dr. Charles Jeffrey, Institute for German Studies, Birmingham, wird bis Jahresende als DAAD-Fellow am C·A·P zum Thema Europäische Integration arbeiten.



C·A·P-Portrait

Stefan Rappenglück ist neuer Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa. Stefan Rappenglück hat die Nachfolge von Dr. Thomas R. Henschel angetreten, der an die Universität Erfurt wurde. Rappenglück

hat an den Universitäten München, Eichstätt und Jerusalem Politikwissenschaften, Geschichte sowie Pädagogik studiert und war bereits wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa.



WERNER WEIDENFELD/
WOLFGANG WESSELS (HRSG.):
**Jahrbuch der Europäischen
Integration 1998/99**
Bonn 1999, Europa Union Verlag,
ISBN 3-7713-0580-2, 560 Seiten,
89,-DM



Auf der Buchmesse in Frankfurt/Main präsentierte Prof. Dr. Werner Weidenfeld (rechts) das von ihm und Prof. Dr. Wolfgang Wessels herausgegebene „Jahrbuch der Europäischen Integration 1998/99“. Auch im 19. Jahrgang erhält der Leser detaillierte Erläuterungen von Interessen, Hintergründen und Zielen der EU-Mitgliedstaaten. Links im Bild Gerhard Eickhorn, Geschäftsführer des Europa Union Verlages, in der Mitte Kathrin Steinack, Redakteurin des Jahrbuches.



WERNER WEIDENFELD (HRSG.):
Europa-Handbuch
Gütersloh 1999, Verlag Bertelsmann
Stiftung, ISBN 3-89204-
819-3, 960 Seiten, 68 DM.



Rüdiger Thomas, Bundeszentrale für politische Bildung, und Prof. Dr. Weidenfeld stellten dem Buchmesse-Publikum das „Europa-Handbuch“ vor - eine Zusammenarbeit von Bertelsmann Stiftung, Bundeszentrale und C·A·P. Es bietet einen strukturierten Überblick über die zentralen europapolitischen Themenstellungen. Der Band beleuchtet unter anderem die Entwicklung der EU aus einer zeitgeschichtlichen Perspektive und diskutiert darüber hinaus die neue Rolle Europas in einem veränderten internationalen Umfeld. Die Zusammenfassung des Standes der europäischen Integration und die Darstellung der Außenbeziehungen der EU runden den Charakter des Handbuches ab. Wer europapolitisch informiert sein will, kommt um dieses Standardwerk nicht herum.



ANGELIKA VOLLE/
WERNER WEIDENFELD (HRSG.):
**Krisen, Kriege, Konflikte. Die
Weltgemeinschaft vor neuen
Gefahren.**
Bonn 1999, Verlag für Internatio-
nale Politik, ISBN 3-921011-06-X,
156 Seiten, 22,80 DM.

Krisen, Kriege, Konflikte

Weltweit wächst die Bevölkerung ungebrochen. Parallel zum Bevölkerungszuwachs nimmt der Hunger zu. Die anhaltend steigende Zahl von Menschen braucht entsprechend mehr Energie; der zunehmende Umweltverbrauch erhöht die Belastung der Umwelt. Zugleich internationalisiert sich die Wirtschaft mit atemberaubender Geschwindigkeit. Die „Global Players“ operieren weltweit und können national nicht mehr zugeordnet werden. Ein „Geschäftszweig“, der sich die zunehmende elektronische Vernetzung bedenkenlos zunutze macht, ist die Organisierte Kriminalität. Von ihr gehen gesamtgesellschaftliche Gefahren aus, weil ihr Gelder zur Korrumpierung von Behörden und zur Destabilisierung von Volkswirtschaften zur Verfügung stehen.

Das Buch will die Leser mit aktuellen Analysen auf diese Gefahren aufmerksam machen und ihre globalen Auswirkungen verdeutlichen. Schließlich will der Band Möglichkeiten aufzeigen, wie die Politik diesen Gefahren wirkungsvoll begegnen kann.

Politische Kultur und Parteien

Die Diskussion um die Parteienverdrossenheit, die zu Beginn der 90er Jahre die Tagesordnung beherrschte, ist verstummt. Dennoch sind die Parteien weiter mit Problemen und Herausforderungen konfrontiert, die wesentlich im gesellschaftlichen Wandel begründet liegen. In Deutschland sind diese Veränderungsprozesse in eine doppelte Komplexität eingebettet: Einerseits hat das Rechts-Links-Schema mit Ende des Ost-West-Konfliktes seine Aussagekraft verloren, andererseits wirft der Prozess der inneren Vereinigung Deutschlands erhebliche Schwierigkeiten auf.

Die Untersuchung deckt die Zusammenhänge zwischen der Einstellungs- und Parteebene auf: Wie beeinflussen politisch-kulturelle Entwicklungen die Binnenstruktur von Parteien? Welchen Einfluss haben sie auf Format, Polarisierung, Struktur und Legitimität des Parteiensystems? Welche Folgen haben die zwei politischen Kulturen in Deutschland für das Parteiensystem? Die wissenschaftliche Analyse berücksichtigt dabei die Zeit von der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl bis zu den aktuellen Ereignissen des Jahres 1999.



ANDREAS KIEBLING:
Politische Kultur und Parteien im vereinten Deutschland.
 Determinanten der Entwicklung des Parteiensystems
 München 1999, Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, Band 11, ISBN 3-933456-07-X, 192 Seiten, 26,80 DM.

Integration und Identität

Historische Prozesse, die zu politischer Integration führen, helfen nicht nur beim Aufbau neuer gesetzlicher und institutioneller Strukturen, sondern stellen auch weitreichende Herausforderungen an das Bewusstsein und an die Ansichten der Menschen über ihre eigene Identität. Gleichzeitig sehen sich neue oder neu gebildete Staaten mit Problemen konfrontiert. Israel ist einer der Staaten, in denen sich diese Probleme dramatischer stellen als in vielen anderen Nationen. Die Autoren, junge Wissenschaftler aus Israel, West-, Zentral- und Osteuropa, greifen diese Fragen auf und bieten je nach ihrem persönlichen Hintergrund verschiedene Zukunftsperspektiven. Dieses Buch dokumentiert den Junior Round Table, der im Dezember 1998 in Israel im Rahmen des Projekts „Netzwerk Europapolitik an israelischen Hochschulen“ in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik des C·A·P stattfand.



WERNER WEIDENFELD/
 SHLOMO AVINERI (HRSG):
Integration and Identity: Challenges to Europe and Israel
 Bonn 1999, Europa Union Verlag, ISBN 3-7713-0582-9, 200 SEITEN, 25,80 DM

Demokratie und Interessenausgleich in der EU

Die Studien dieses Bandes sind im Rahmen des Projektes „Systemwandel in Europa“ entstanden und befassen sich mit der Frage, wie Demokratie und Legitimation mit Effizienz und Handlungsfähigkeit im europäischen Institutionengefüge verbunden werden kann. Michael Stabenow stellt dazu anhand des Konfliktes zwischen der Kommission und dem Europäischen Parlament die Notwendigkeit einer europäischen Öffentlichkeit und einer verstärkten Legitimierung europäischer Entscheidungen dar.

Wolfgang Merkel reflektiert die unterschiedlichen Dimensionen von Legitimität und leitet daraus konkrete Reformvorschläge ab. Die vor allem mit Blick auf die Erweiterung unumgängliche Reform der europäischen Institutionen steht im Mittelpunkt des Beitrages von Josef Janning und Claus Giering. Dabei verdeutlichen die Autoren anhand einer vergleichenden Analyse, wie eine Balance der Vertretung nationaler Interessen und demokratischer Prinzipien in einer erweiterten EU ermöglicht werden kann.



CLAUS GIERING, JOSEF JANNING,
 WOLFGANG MERKEL, MICHAEL STABENOW:
Demokratie und Interessenausgleich in der Europäischen Union
 Gütersloh 1999, Verlag Bertelsmann Stiftung, ISBN 3-89204-844-4., 87 Seiten, kostenlos

C·A·PLANUNG

6. Dezember 1999

9. Bayerisches Relaisreffen der Münchener Vertretung der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit dem Euro-Info-Center der IHK München und dem C·A·P

12.-14. Januar 2000

Europa Strategie Konferenz der Bertelsmann Stiftung und des C·A·P

20.-21. Januar 2000

Europa Fachkonferenz in Jerusalem in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung, der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik und des Center for European Studies der Hebräischen Universität in Jerusalem

26.-28. Januar 2000

„Runder Tisch zur politischen Bildung“ der Forschungsgruppe Jugend und Europa in Kooperation mit der Europäischen Staatsbürgerakademie in Berlin

C·A·PANORAMA

erscheint vierteljährlich und wird herausgegeben vom
Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
Maria-Theresia-Straße 21
81675 München
Tel. 089/490290
Fax 089/490429-129
e-mail: cap.office@rz.uni-muenchen.de
http://www.cap.uni-muenchen.de
Gestaltung: Bernd Oswald
Redaktion: Bernd Oswald, Anja Edelhäuser,
Eva Feldmann

Deutsch-deutsche Distanzen zehn Jahre nach dem Mauerfall

Von Dr. Manuela Glaab

Die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 traf Politik wie auch Bevölkerung unvorbereitet. Fast drei Jahrzehnte lang hatten Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl die Entschlossenheit zur Selbstbehauptung des SED-Systems symbolisiert. Immer wieder forderte das Bauwerk des Schreckens Verletzte und Todesopfer. Die Abriegelung der DDR forcierte zugleich eine Kurskorrektur der Bonner Deutschlandpolitik: vom Kurs der Nichtanerkennung hin zum Versuch der Normalisierung der Beziehungen zur DDR im Interesse menschlicher Erleichterungen. Immerhin gelang es, die innerdeutsche Grenze wieder durchlässiger zu machen. Auf beiden Seiten der Mauer verloren die Menschen jedoch den Glauben an die Realisierbarkeit der Vereinigung. Was nur noch wenige zu hoffen gewagt hatten, wurde bald nach der überraschenden Maueröffnung Wirklichkeit: die Vollendung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990.

Das spontan artikuliertete Zusammengehörigkeitsgefühl konnte die tiefer liegenden Trennlinien zwischen den Deutschen kaum verdecken. Anlässlich der ersten Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages im Berliner Reichstagsgebäude am 4. Oktober 1990 drückte Willy Brandt dies so aus: „Die große Freude darüber, dass willkürliche Teilung im Zeichen von Selbstbestimmung ihr Ende gefunden hat, mischt sich allerdings mit der sorgenvollen Frage, ob wir mit der konkreten Untermauerung der Einheit gut und rasch fertigwerden. (...) Aber mit Takt und Respekt vor dem Selbstgefühl der bisher von uns getrennten Landsleute wird es möglich sein, dass ohne entstellende Narben zusammenwächst, was zusammengehört.“ Brandts berühmt gewordenes Diktum hat sich eingepreßt. Verflüchtigt hat sich allerdings der darin noch anklingende vorsichtige Optimismus.

Umfragedaten zeigten frühzeitig die Trendwende an: „Wird sich jetzt fremd, was zusammengehört?“ – so fragten z.B. die Allensbacher Meinungsforscher im Mai 1993. Die innere Einheit beschäftigt seither die politisch-publizistische Debatte. Vorhandene Einstellungsunterschiede zwischen den Deutschen in Ost und West werden zum einen auf die unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen in gegensätzlichen politischen Systemen zurückgeführt. Zum anderen wird auf die enttäuschten Erwartungen der Ostdeutschen und ihre negativen Erfahrungen im westlich dominierten Einigungsprozeß verwiesen. Zwar befürwortet die große Mehrheit die Demokratie als solche, doch wächst die Skepsis gegenüber der wirtschaftlichen und politischen Ordnung der Bundesrepublik. Objektiv vorhandene staatliche Leistungsdefizite schlagen auch deshalb negativ auf die Systemunterstützung durch, weil gefühlsmäßige Bindungen an den neuen Staat bisher kaum entwickelt wurden. Dieser Effekt wird noch dadurch verstärkt, dass die Erwartungen an den Staat als Leistungsträger gleichzeitig erheblich größer ausgeprägt sind als in Westdeutschland. Die Demokratiezufriedenheit ist in Ostdeutschland im Laufe der neunziger Jahre deutlich gesunken.

Dabei ist zu beachten, dass intermediäre Organisationen in den neuen Bundesländern kaum eine stabilisierende Funktion übernehmen können. Dies gilt nicht zuletzt für die Parteien, die in den neuen Bundesländern organisatorisch kaum verwurzelt sind. Allein die PDS verfügt länderübergreifend über eine Stammwählerschaft und dient zugleich als Sammelbecken für Protestwähler. Die Nachfolgepartei der SED definiert sich als ostdeutsche Interessenpartei, die ein distanzierendes Verhältnis zum Wertesystem der Bundesrepublik pflegt. Die Wahlarithmetik der deutschen Parteiendemokratie hat sich damit seit 1990 deutlich verändert.

*Die Verfasserin ist stellvertretende Leiterin
der Forschungsgruppe Deutschland am C·A·P*